Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 27 (2020)
Heft: 296

Artikel: Wir alle sind die Schweiz
Autor: Magalhes, Halua Pinto de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-954269

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir alle sind die Schweiz

In den letzten fünf Jahren haben sich in verschiedenen Schweizer Städten migrationspolitische Bewegungen formiert, die mit dem Slogan «Recht auf Stadt» und dem Konzept «Urban citizenship» Gerechtigkeitsforderungen ins Zentrum stellen. Zum Beispiel in Zürich, Basel, Genf, Neuchâtel und Bern.

Text: Halua Pinto de Magalhães

Demokratie beginnt im Kleinen. Obwohl dieses Statement wie ein Allgemeinplatz daherkommt, ist diese Aussage in Zeiten der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft und digitalen Vernetzung keine Selbstverständlichkeit. Denn im Zuge der neoliberalen Revolution haben sich viele Aspekte der politischen Regulierung von der nationalen auf die supranationale Ebene verschoben. Nichtsdestotrotz bleiben Städte noch immer ein verdichteter Kristallisationspunkt verschiedener Alltagsbedürfnisse für eine vielfältige Bevölkerung: sei es der Wohnraumbedarf, der Arbeitsplatz, der Schulbesuch, die Einkaufsmöglichkeiten, aber auch soziale Treffpunkte und vieles mehr. Gerade in den Wohnquartieren existieren Lebensrealitäten, die längst durch Migration geprägt sind – man denke da nur an Orte wie Schulklassen, Fussballmannschaften oder auch die beliebten Schrebergärten – und dort hat die Kategorie Nationalstaat im Alltag der Menschen praktisch keine Bedeutung mehr. Statt demokratische Teilhabe in Kategorien wie Zugehörigkeit und Herkunft zu denken, sollten wir vielmehr an dieser gesellschaftlichen Realität anknüpfen, also am Lebensalltag und der gemeinsamen Zukunft.

Die Realität ausserhalb dieser postmigrantischen Momente sieht leider immer noch anders aus, auch in den Städten sind Migrantinnen und ihre Nachkommen, Sans-Papiers, Asylsuchende, Second@s oder People of Color bei der Mitgestaltung des öffentlichen Raumes eingeschränkt – oder gar davon ausgeschlossen. Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung hat keine Wahl- und Stimmrechte – in den Städten sind es vielfach noch mehr. Geflüchtete erfahren Isolation in Durchgangszentren. Sie und Sans-Papiers haben Angst vor Ausschaffung, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

Raum der Möglichkeiten: Solidarische Städte

Zahlreiche Hürden bei der rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe sind die Folge. Zusätzlich ist eine selbstbewusste und kritische Mitgestaltung eines «weissen» öffentlichen Raumes, etwa die explizite Kritik an Rassismus, kaum möglich, wie verschiedene öffentliche Debatten (z.B. über die Basler Fasnacht) gezeigt haben. Doch viele Organisationen, Aktivistinnen sowie solidarische Mitbürger leisten wertvolle Arbeit gegen strukturellen Rassismus und setzen sich für eine Verbesserung migrantischen Lebens ein. Spardruck, neoliberale Technokratie und zunehmende Individualisierung verhindern jedoch oft Vernetzung, das Teilen von Ressourcen und das Entwickeln neuer Utopien.

Mit dem Slogan «Recht auf Stadt» sollen Gerechtigkeitsforderungen auch in Schweizer Städten ins Zentrum gestellt und auf das bestehende demokratiepolitische Defizit abgezielt werden. Während auf nationaler Ebene migrationspolitische Transformation bis auf unabsehbare Zeit blockiert ist – ja Asyl-, Ausländer- und Bürgerrechtsgesetzgebung sogar verschärft werden –, bieten Städte andere Bedingungen. Seit jeher sind sie Orte der Migration, der Auseinandersetzung und der Transformation. Als Wirtschaftsmotoren benötigen sie Migration, als Schmelztiegel bieten sie kosmopolitische Begegnungen, als öffentliche politische Räume leben sie von Vielfalt. Urban Citizenship fordert dieses Versprechen der Stadt ein.

In Zürich bildete sich die Plattform «Wir alle sind Zürich» als Kollaboration von Sans-Papiers-Anlaufstellen, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren aktivistischen Kreisen. Inspiriert wurde die Bewegung vom Zusammenschluss «Wir alle sind die Schweiz», einer Gruppierung, die nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 entstanden ist. Ein Jahr danach, am 7. Februar 2015 wurde in Bern ein Kongress der Migrantinnen, Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund durchgeführt, welcher die Grundlage für die städtischen Plattformen gelegt hat.

Wir alle sind – die Zukunft

Auf Zürich folgten Basel, Genf, Neuchâtel und Bern, wobei in all diesen Städten die Bewegung von einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung getragen wird und damit lokal sehr unterschiedlich geprägt ist. Eine aktuell immer noch sehr aktive Plattform ist «Wir alle sind Bern», die seit ein paar Jahren verschiedene migrationspolitische Organisationen und Individuen in Bern unter dem Schirm des Urban Citizenship vereint. Ein konkretes Projekt dieser Plattform ist die City Card, das in den Städten Zürich und Bern umgesetzt werden soll: Die City Card ist ein städtischer Ausweis, der unabhängig vom rechtlichen Aufenthaltsstatus ausgestellt wird.

Der Blick auf die Mikropolitik zeigt: Die Krise der Nationalstaatlichkeit äussert sich nicht nur an den Aussengrenzen, sondern durch die Wirkung von Identität und Zugehörigkeit vor allem auch gegen innen, auch innerhalb der Stadt. Die historisch gewachsenen Grenzziehungen sind in vielen Belangen weit ab der gesellschaftlichen Realität. Deshalb helfen uns emanzipatorische Ansätze wie Urban Citizenship neue demokratische Ausdrucksformen zu finden, um sowohl gesellschaftliche Umwandlungen anzustossen, wie auch realpolitische Veränderungen einzufordern.

Die Demokratie weiterzuentwickeln heisst schlussendlich Machtstrukturen und Institutionen zu überdenken: Es braucht unter anderem mehr Autonomie für Städte und verbindliche Teilhabemöglichkeiten auf Quartierebene. Es braucht aber auch die Aufweichung starrer Grenzen und damit Gestaltungs- und Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Es braucht Instrumentarien für eine solidarische Demokratie.

Halua Pinto de Magalhães, 1986, ist Mitglied der Leitung des Instituts Neue Schweiz (INES) und der Koordinationsgruppe «Wir alle sind Bern».